

Werdenberger & Obertoggenburger

Amtliches Publikationsorgan www.wundo.ch

Werdenberger & Obertoggenburger

**Online-Abo für die
Abonnenten KOSTENLOS!**

Zurück zum Einzelfall?

Das Bundesgericht rüttelt an der starren Praxis für einen Raser-Tatbestand. 23

Faszination Fussball

Trotz Skandalen hat die Sportart eine nahezu religiöse Bedeutung. 24

Pole Position zu vermieten.

Verkauf und Beratung
Tel. 081 750 02 01 | inserate@wundo.ch

www.nzzmediasolutions.ch

Buchs

Hundesportler mit guten Leistungen 3

Wildhaus

Crowdfunding ermöglicht Non-Profit-Film 7



Lokalsport

Speed-Badminton-Duo aus Grabs gelingt grosser Sieg an Swiss Open 27

Kantonsbudget 2018 unter Dach

St. Gallen Der Kantonsrat hat gestern Dienstag das Budget für das Jahr 2018 deutlich bewilligt. Diskussionen gab es unter anderem über die Lohnmassnahmen für das Staatspersonal und eine Erhöhung der Summe für die individuelle Prämienverbilligung. Kantonsräte aus der W&O-Region beurteilen das Budget aus ihrer persönlichen Sicht. (wo) 9

ANZEIGE



Jetzt erhalten Sie bei uns doppelte Pro-Bon



Für 2 volle ProBon-Karten schenken wir Ihnen einen **Gutschein** im Wert von 25 Fr.

Ihre Fachstelle für Naturheilkunde

**Eberle Drogerie
Naturheilmittel**
Hof 5 • 9473 Gams

Armer, einsamer Raucher?

Region Auch Passivrauchen ist schädlich. Im ÖV, in Restaurants, den meisten Bars und geschlossenen Arbeitsräumen gilt bereits ein Rauchverbot. Weitere Verbote sind angedacht.

Ursula Wegstein
ursula.wegstein@wundo.ch

Nicht erst seit gestern wird das Rauchen in der Öffentlichkeit mehr und mehr eingeschränkt. Mit dem Fahrplanwechsel im Dezember 2005 kam das allgemeine Rauchverbot in Zügen, Bussen und auf Schiffen. Seit Mai 2010 darf auch in den meisten Restaurants und Bars sowie in geschlossenen Arbeitsräumen nicht mehr geraucht werden.

Aktuell denkt man über weitere Einschränkungen des Rauchens im Freien wie beispielsweise auf Spielplätzen oder in Bahnhöfen nach. Laut SBB ist die Raucherregelung an den Bahnhöfen ein konstantes Thema bei den Kundenanfragen. Auch die Kosten für die Beseitigung von Zigarettenkippen auf den Gleisanlagen sind nicht unerheblich. Sie werden von der SBB mit jährlich etwa 3 Millionen Franken beziffert.

Rauchverbot im Freien erscheint als Bevormundung

Die W&O-Redaktion wollte wissen, was Nichtraucher und Raucher davon halten und hat am Bahnhof Buchs und auf Facebook nachgefragt: Soll das Rauchen in der Öffentlichkeit eingeschränkt werden? Ist das ein Eingriff in



Werden Raucher verteuert?

Archivbild: Oliver Weiken, Keystone

Ihre persönliche Freiheit? Oder braucht es solche Regeln? Wie tolerant oder wie restriktiv sollte die Gesellschaft Ihrer Meinung nach sein?

Die geplante Einschränkung des Rauchens im Freien hat so-

wohl aufseiten der Raucher als auch aufseiten der Nichtraucher vielfach für Kopfschütteln und Unverständnis gesorgt.

Viele empfinden das als Bevormundung. Andere plädieren für Raucherzonen. Der Stadtrat

Buchs sieht keinen Bedarf, das Rauchen in der Öffentlichkeit einzuschränken. Die Kosten für die Beseitigung von Zigarettenstummeln lassen sich gemäss Stadtpräsident Daniel Gut nicht gesondert beziffern. 3

Regierung soll NRP-Beiträge freigeben

St. Gallen/Toggenburg Mirco Gerig und Mathias Müller forderten im Kantonsrat, dass die St. Galler Regierung die 5 Millionen Franken ans Bergbahnprojekt in Wildhaus genehmigt.

Bei der Beratung des genehmigten Kantonsbudgets 2018 gab der Betriebsbeitrag des Kantons an die Pizolbahnen zu reden. In diesem Zusammenhang wurde die Regierung gebeten, das NRP-Darlehen ans Projekt 2.0 der Bergbahnen Wildhaus zu bewilligen.

Der Kanton handle derzeit mit den Gemeinden der Region

die Bedingungen für den Betriebsbeitrag an die Pizolbahnen aus, sagte Regierungsrat Bruno Damann. Er versprach, der Finanzkommission den Inhalt der Vereinbarung «relativ offen zu legen». Damann appellierte aber an deren Geheimhaltung, da diese Bahnen ein privates Unternehmen seien. Walter Gartmann

(SVP, Mels) regte an, der Kanton soll für die Zukunft ein Seilbahngesetz schaffen. Der Kanton St. Gallen soll es machen wie andere Tourisuskantone: «Stehen wir zum Tourismus, stehen wir zu unseren Seilbahnen!»

Toggenburger Kantonsräte appellierten an die St. Galler Regierung, den blockierten NRP-Bei-

trag an das Ausbauprojekt der Bergbahnen Wildhaus freizugeben. Davon seien massive Investitionen durch private und öffentliche Institutionen in konkrete, bestehende Infrastrukturprojekte abhängig. Diese würden mit der Blockade durch die Regierung abgewürgt, sagte Mathias Müller (CVP, Lichtensteig). (ts) 9

Definitives Ja zum Burkaverbot

St. Gallen Der St. Galler Kantonsrat hat gestern Dienstag definitiv Ja gesagt zu einem Verhüllungsverbot im öffentlichen Raum. Nach dem 59:54 in der Schlussabstimmung diesen Entscheidung bestätigt – wenn auch mit 57 Ja zu 55 Nein noch etwas knapper. Erfolgreich hatten die FDP und die SP-Fraktion gestern versucht, das Verhüllungsverbot doch noch zu verhindern, weil es nicht umsetzbar sei. Damit erhält St. Gallen als zweiter Schweizer Kanton ein Burkaverbot. Wer im öffentlichen Raum eine Gesichtshülle trägt und dadurch «die öffentliche Sicherheit oder den religiösen oder den gesellschaftlichen Frieden bedroht oder gefährdet», soll künftig bestraft werden. (wo/rw) 9

2017 im W&O-Leserrückblick

Region Das Jahr 2017 neigt sich dem Ende zu. Vieles ist in diesem Jahr passiert. Im Grossen wie im Kleinen. Global und lokal. Bergsturz und Burkaverbot. Roger Federer und Lara Gut. Kälteeinbruch und magere Ernte. CBD-Hanf und die «No-Billag». Zum 9. Mal wurde die Schweiz als wettbewerbsstärkste Nation der Welt bestätigt.

Zum Jahreswechsel widmet der W&O seinen Leserinnen und Lesern eine spezielle Seite – die Redaktion möchte wissen: Was war für Sie im Jahr 2017 besonders? Was werden Sie in Erinnerung behalten? Das können sowohl die grossen Dinge des Lebens sein, wie Hochzeit, Geburt, Tod einer nahestehenden Person. Das könnten genauso gut aber die kleinen Freuden des Lebens sein, wie eine besondere Blume im Garten, die nette Geste eines Fremden, eine unerwartete Aufmerksamkeit oder das besondere Glück eines Augenblicks.

Schreiben Sie uns bis 10. Dezember, weshalb 2017 für Sie ein besonderes Jahr war (gerne auch mit einem Foto): redaktion@wundo.ch. (uw)



Inhalt
Lokal 3-7

Rätsel
Kantonsrat 9,11

TV/Radio
Focus 13

Wetter
Börse 20

14

Leser- und Zustellservice: 081 750 02 00, leserservice@wundo.ch
redaktion@wundo.ch **Inserate:** 081 750 02 01, inserate@wundo.ch

Redaktion: 9471 Buchs, 081 750 02 01

ANZEIGE

GALAXUS

Fast alles für fast jeden.



Geschenkideen für unter deinen Weihnachtsbaum findest du im beiliegenden Prospekt.

Standesbegehren gegen den Einkaufstourismus

St. Gallen Mehrere St. Galler Kantonsräte verlangten gestern mit einem parteiübergreifend eingereichten Standesbegehren Massnahmen gegen den Einkaufstourismus. Der bisherige Zollfreibetrag von 300 Franken soll in der Schweiz versteuert werden. Der Vorstoss wurde mit 58 Ja gegen 44 Nein bei zwei Enthaltungen überwiesen, das Ratspräsidium wird ihn bei der Bundesversammlung einreichen.

Wenn Einkaufstouristen bis zur Grenze von 300 Franken schon von der Mehrwertsteuer im Ausland befreit seien, so sollten sie diese Steuer wenigstens in der Schweiz bezahlen müssen, lautet die Forderung im Standesbegehren. Damit würde eine zusätzliche Subventionierung von Einkäufen über der Grenze unterbunden. Die Änderung könne zudem unkompliziert eingeführt werden, heisst es im Vorstoss, der von Parlamentariern von CVP, FDP, Grünen und SVP gemeinsam eingereicht wurde.

Die Regierung hatte das Standesbegehren abgelehnt. Auch im Grossen Rat Thurgau ist eine parteiübergreifende Standesinitiative hängig, welche die Abschaffung der Freigrenze fordert. (sda)

Dringender Appell an Regierung

St. Gallen/Toggenburg Zum blockierten NRP-Beitrag an die Bergbahnen Wildhaus sagte Kantonsrat Mirco Gerig (SVP, Alt St. Johann) in der Budgetdebatte, dass das Seco, das Staatssekretariat für Wirtschaft, für den Bund die 5 Millionen Franken an das Ausbauprojekt Wildhaus 2.0 als sinnvoll und richtig gutheisse. Es sei wesentlich, damit weitere Investitionen von 15 Millionen bei diesem Bergbahnunternehmen, aber auch grosse Investitionen in ein Jufahotel und in die Sanierung des Reka-Zentrums ausgelöst würden.

Regierungsrat Bruno Damann hielt fest, warum die Regierung den NRP-Beitrag nicht bewilligt. Es brauche für eine Freigabe keine Fusion der beiden grossen Bergbahnen im Obertoggenburg, sondern nur eine kleine Zusammenarbeit in Form des gemeinsamen Tickets. Dieses sei die kleine Bedingung, welche die St. Galler Regierung stelle. Ohne den Ticketverbund bekämen beide Bahnen Probleme, «weil dann die Gäste ausbleiben», hielt Damann fest.

Mathias Müller (CVP, Lichtensteig) sagte, die Toggenburger Bevölkerung wünsche sich ein gemeinsames Bergbahnticket und würde unter der Streitsituation der Bahnen leiden. «Den Konflikt können wir aber nicht lösen», stellte Müller fest. Das müssten die beiden Bahnunternehmen entscheiden. Der Kanton dürfe aber das Schiff nicht versenken, das mit massiven Investitionen von privaten und öffentlichen Institutionen und Unternehmen auf Kurs sei. Mit einer Ablehnung der NRP-Gelder für das Projekt der Bergbahnen Wildhaus würde die St. Galler Regierung diese Investitionen nämlich ab. Deshalb forderte Mathias Müller den zuständigen Regierungsrat Bruno Damann zur Freigabe der blockierten NRP-Gelder auf. (ts)

«Derart unnötige Gesetze»

Verhüllung St. Gallen führt als zweiter Kanton ein Burkaverbot ein. Regierungsrat Fredy Fässler sprach den Befürwortern von CVP und SVP ins Gewissen – erfolglos.

Regula Weik
regula.weik@tagblatt.ch

Der Tessin hat es. Der Kanton St. Gallen will es nun auch: das Burkaverbot. Doch: Die beiden Gesetze sind keineswegs identisch. Das gestern vom St. Galler Kantonsparlament beschlossene Verbot gilt nicht grundsätzlich – wie jenes im Tessin; es hat einen kniffligen Zusatz, der im Parlament noch einmal zu reden gab.

Konkret soll im Kanton St. Gallen nämlich künftig bestraft werden, wer im öffentlichen Raum eine Gesichtshülung trägt und dadurch «die öffentliche Sicherheit oder den religiösen oder den gesellschaftlichen Frieden bedroht oder gefährdet» (Ausgabe vom 20. November). Ob eine solche Bedrohung oder Gefährdung besteht, muss jeweils im Einzelfall beurteilt werden.

FDP: «Dieses Gesetz lässt sich nicht vollziehen»

«Lassen wir uns keinen Sand in die Augen streuen», sagte FDP-Fraktionschef Beat Tinner. «Dieses Gesetz lässt sich nicht vollziehen; die Konsequenz wird sein, dass weggeschaut wird.» In ihrer Sessionsbilanz sprechen die Freien von einem «populistischen Gesellenstück des Kantonsparlamentes». Ähnlich argumentierte Etrit Hasler, Sprecher der Fraktion von SP und Grünen. Dieses Gesetz sei nicht umsetzbar – «nie und nimmer». Er warf



Eine Touristin mit Niqab in Luzern.

Bild: Boris Bürgisser (31. August 2016)

den Befürwortern «reine Symbolpolitik» vor. Allgemeingültige Gesetze lediglich aufgrund eines «blosses Unbehagens in der Bevölkerung» zu erlassen, sei mit einem liberalen und freiheitlichen Rechtsstaat nicht vereinbar, hielt Sonja Lüthi für die Grünen liberalen fest.

FDP, SP, Grüne und Grünliberale wollten das Gesetz denn auch in der Schlussabstimmung versenken. Sie scheiterten – allerdings äusserst knapp. Das Parlament beschloss das Gesetz mit 57 Ja gegenüber 55 Nein bei zwei Enthaltungen. CVP und SVP hat-

ten das Gesetz von Beginn weg unterstützt.

SVP: «Das Gesetz hat eine klare präventive Wirkung»

SVP-Sprecher Mike Egger betonte gestern, das Gesetz habe eine «klare präventive Wirkung». CVP-Fraktionschef Andreas Widmer argumentierte, ein «sicheres und friedliches Nebeneinander in der Gesellschaft» verlange Regeln. Das Abstimmungsresultat macht allerdings deutlich: Nicht alle Fraktionsmitglieder von CVP und SVP – zusammen insgesamt 66 – beurtei-

len die Situation gleich wie ihre Spitzen. Bei der CVP waren einige «Abwechler» auszumachen.

«Machen Sie nicht derart unnötige und unwirksame Gesetze», hatte sich Regierungsrat Fredy Fässler vergeblich nochmals an die «lieben SVP- und CVP-Mitglieder» gewandt. Insbesondere der CVP hatte er nochmals ins Gewissen zu reden versucht und ihr dabei die Einschätzung der NZZ vorgelesen: «Die sankt-gallische CVP läuft Gefahr, sich als gesellschaftlich-konservatives Beiboot an die SVP zu hängen.»

Von zufrieden bis nicht ganz zufrieden

St. Gallen/Region Kantonsratsmitglieder aus der Region Werdenberg und Obertoggenburg beurteilen das Kantonsbudget 2018, das gestern verabschiedet wurde, unterschiedlich.

Der St. Galler Kantonsrat hat gestern Dienstag das Budget 2018 des Kantons St. Gallen behandelt und genehmigt. Sind die Kantonsräte aus der W&O-Region damit zufrieden? Was hätten sie persönlich darin gerne geändert? Vier Parlamentarier verschiedener Fraktionen beantworteten diese Fragen.

Beat Tinner (FDP, Azmoos): «FDP setzt Schwerpunkte»

Ich bin zufrieden, dass ein ausgeglichenes Budget 2018 ohne Eigenkapitalbezüge nach Vorgaben des Kantonsrats vorliegt. Das zeigt uns, dass sich Regierung und Verwaltung an Richtwerte und den Finanzplan halten. So erhöhte sich der Personalaufwand, welcher letztlich auch ein wichtiges Steuerungsinstrument darstellt, nur um 0,4 Prozent. Köpfe und Büroflächen sind die wesentlichen Kostenfaktoren in einer Verwaltung.

Mit Blick auf den allgemeinen Aufgaben- und Finanzplan wird die FDP Schwerpunkte beim Gesundheitswesen setzen. Als Kanton investieren wir in den nächsten Jahren eine Milliarde Franken für unsere neuen Spitäler. Tiefere Tarifentscheidungen bei den Spitätern und laufend höhere Darlehen bei den Spitätern lassen

die Fragen aufwerfen, ob das Dotationskapital und die Darlehen an die Spitäler nachhaltig sind und zurückbezahlt werden können. Einen weiteren Blick will die FDP auf die Höhe der Strassenverkehrssteuern werfen und eine Staatssteuerfuss-Senkung auf 2019 prüfen lassen, was durchaus möglich ist.

Daniel Gut (SP, Buchs): Anliegen nicht erfüllt

Ich bin nur teilweise zufrieden mit dem Budget 2018. Einige gesellschaftlich und sozial wichtige Anliegen wurden nicht erfüllt, obwohl das Budget das zugelassen hätte.

So wird die Schwelle für die individuelle Verbilligung für Krankenkassenprämien IPV 2018 weiter erhöht. Wir alle wissen, dass die Krankenkassenprämien seit Jahren stark steigen und bei Menschen mit niedrigen Einkommen zu einer teilweise nicht mehr tragbaren Belastung führen. Die SP-Grüne-Fraktion wollte deswegen die Mittel für die Prämienverbilligung erhöhen, um den Kreis der Empfänger der IPV nicht weiter einzuschränken. Es kann doch nicht sein, dass Menschen aufgrund zu hoher, für sie nicht mehr tragbarer Krankenkassenprämien in die

Sozialhilfe gedrängt werden. Leider haben sich alle Parteien mit Ausnahme der SP und der Grünen gegen eine Erhöhung der Prämienverbilligungsmittel ausgesprochen und nehmen damit in Kauf, dass der Kanton St. Gallen bald die höchste Schwelle aller Kantone für die Prämienverbilligung hat.

Barbara Dürr (CVP, Gams): Haushalt stabilisiert

Der Kantonshaushalt hat sich stabilisiert. Erstmals seit 2008 wird ein ausgeglichenes Budget präsentiert, ohne dass Bezüge aus dem Eigenkapital getätigt werden müssen.

Bedenklich ist das ungebremste Wachstum der Staatsbeiträge, welche rund 56 Millionen Franken höher budgetiert sind als im Budget 2017. Die Zunahme ist wesentlich getrieben durch Anstiege bei den inner- und ausserkantonalen Hospitalisationen, den Ergänzungsleistungen sowie den Prämienverbilligungen. Dies kann nur mit einem erwarteten Wirtschaftswachstum aufgefangen werden. Obwohl der Kanton rund 10 Millionen Franken mehr an Prämienverbilligungen ausgibt, reissen die Krankenkassenprämien bei älteren Leuten, Alleinerziehenden und jungen Fa-

milien mit einem kleinen oder mittleren Einkommen ein zünftiges Loch in die Haushaltskasse.

Aus Werdenberger Sicht darf erwähnt werden, dass der Sonderkredit über 6,3 Millionen Franken für den Wärmeverbund in der Strafanstalt Saxerriet diskussionslos genehmigt wurde.

Mirco Gerig (SVP, Alt St. Johann): Nicht ganz zufrieden

Mittlerweile zeigt die Regierung teils einen erkennbaren Willen, die Ausgaben sind aber nicht merklich gesunken. Das positive Ergebnis resultiert hauptsächlich aus höheren Erträgen. Entsprechend kann auch von einer Stabi-

lisierung des kantonalen Finanzhaushaltes nicht ganz die Rede sein. Zukünftig dürfen jedoch der Staat und insbeson-

dere die Kantonsverwaltung nicht weiterhin wachsen und so ihre Kompetenzen ausbauen sowie entsprechende Aufgaben übernehmen.

Positiv ist, dass das NRP-Darlehen für das Investitionsprojekt der Bergbahnen Wildhaus im Budget eingestellt ist. Folglich kann die Regierung im Jahr 2018 ihren Beschluss überdenken und das bundesrechtliche Darlehen für Investitionen im Tourismus ausbezahlen.

Am Dienstag im Kantonsrat

St. Gallen Am Dienstag, dem zweiten und letzten Tag der Novembersession, hat der St. Galler Kantonsrat:

- nach längerer Beratung dem Budget für 2018 zugestimmt
- 4,93 Millionen aus dem Lotteriefonds für kulturelle und gemeinnützige Projekte bewilligt und dabei den Beitrag an das Didaktische Zentrum «Bienenwerte» von 40 000 auf 80 000 Franken erhöht
- einen Bericht der Rechtspflegekommission über die 36. Jugendsession zur Kenntnis genommen
- einen Beitrag von 12 Millionen Franken an ein Projekt der Olma-Messen gesprochen. Geplant sind eine Überdachung der Autobahn auf einer Länge von 200 Metern und der Bau einer neuen Halle
- einen Bericht über die Erreichbarkeit der Region St. Gallen-Bodensee/Rheintal diskutiert und dabei einhellig die Vernachlässigung der Ostschweiz bei der aktuellen Bahnausbau-Planung kritisiert
- einen Nachtrag zum Kantonsbeschluss über die Zahl der Richter mit 115 Ja-Stimmen ohne Gegenstimme gutgeheissen
- ein Standesbegehren überwiesen, das Massnahmen gegen den Einkaufstourismus verlangt
- Stellung zu einer ganzen Reihe von beantworteten Vorstössen genommen
- in der Schlussabstimmung diverse Gesetzesnachträge, aber auch die Einmaleinlage in die Pensionskasse (109 Ja gegen zwei Nein) gutgeheissen
- nochmals über das Verhüllungsverbot im öffentlichen Raum debattiert und dem Gesetzesartikel mit 57 gegen 55 Stimmen bei zwei Enthaltungen definitiv zugestimmt. (sda)

Kommissionen bestellt

St. Gallen/Region Der Kantonsrat hat vier Kommissionen mit jeweils 15 Mitgliedern bestellt, die fünf Geschäfte vorzubereiten haben. Unter ihnen sind Parlamentarier aus den Regionen Werdenberg und Obertoggenburg.

- Sascha Schmid (SVP, Grabs) und Christian Spoerlé (SVP, Ebnet-Kappel) sind Mitglieder der Kommission, die den «XIII. Nachtrag zum Steuergesetz» und den «XIV. Nachtrag zum Steuergesetz» vorbehandelt. Kommissionspräsident ist Jürg Bereuter (FDP, Rorschach).
- Thomas Toldo (FDP, Sevelen) gehört der Kommission an zum Geschäft «Kantonsratsbeschluss über die Gewährung eines zusätzlichen Darlehens an die Stiftung Ostschweizer Kinderspital für den Neubau des Kinderspitals auf dem Areal des Kantonsspitals St. Gallen». Präsiert wird diese von Peter Göldi (CVP, Gommiswald).
- Barbara Dürr (CVP, Gams), Mathias Müller (CVP, Lichtensteig) und Martin Sailer (parteilos, Alt St. Johann) gehören der Kommission «Suchtpräventionskonzept des Kantons St. Gallen» an. Diese wird von Michael Götte (SVP, Tübach) präsiert.
- Dominic Bücher (SVP, Buchs) ist Mitglied der Kommission zum Geschäft «Herzchirurgische Versorgung von st. gallischen Patientinnen und Patienten». Präsident ist Walter Locher (FDP, St. Gallen). (nr)

Übrigens...

Toggenburger Talflucht

Die Bergbahnen im Toggenburg können überhaupt nicht miteinander. Sie müssen aber, findet die Regierung. Und dreht deshalb den Geldhahn zu. Das kommt nicht gut an. Nun ist das Toggenburg eine ausgesprochene SVP-Hochburg. «Staatsgelder» sind hier ein Schimpfwort – es sei denn, man nennt sie «Direktzahlungen».

Die Toggenburger Begehrlichkeiten sind trotzdem nur konsequent. Denn der Region laufen die Jungen davon. Wegen fehlender Perspektiven. Im Tal gibt es keine Pharmaindustrie, keine internationalen Software-Multis, nicht einmal drahtloses Internet auf jeder Kuhweide. Und erst recht kein Skigebiet mit kombiniertem Sessellift- und Kafi-Luz-All-You-Can-Drink-Abo.

Gerade die SVP betont immer wieder, dass Hilfe vor Ort geleistet werden muss. Nur so lässt sich die Wirtschaftsmigration erfolgreich bekämpfen. Deshalb muss die Regierung den Geldhahn so rasch wie möglich aufdrehen. Damit nicht noch mehr junge Toggenburgerinnen und Toggenburger für eine bessere Zukunft aus ihrem Tal flüchten müssen. So haben sie immerhin eine Perspektive als Anbügler im Wildhauser Oberdorf. (jw)

Schnitt-Flexibilität noch nicht optimal

St. Gallen Eine Arbeitsgruppe soll jeweils Mitte August die Reife der Riedvegetation beurteilen. Das schreibt die St. Galler Regierung in ihrer Antwort auf eine Interpellation, die eine flexiblere Handhabung der Schnittzeitpunkte ökologischer Wiesen- und Streueflächen forderte.

Wie die Regierung weiter ausführt, «gibt es nur alle paar Jahre die spezielle Konstellation, dass die Riedvegetation der Jahreszeit entsprechend weit fortgeschritten ist, Ende August sehr trockenes Wetter herrscht und auf den 1. September viel Niederschlag vorausgesagt wird». Wenn bei solchen Bedingungen die Streue geschnitten und abgeführt werde, könne dies zu Schäden am Boden und an der Vegetation führen.

Die Regierung möchte auf solche Konstellationen mit einer entsprechenden paritätisch zusammengesetzten Arbeitsgruppe reagieren können, wie sie in ihrer Antwort schrieb. Diese könnte den Zeitpunkt um maximal fünf Tage vorverlegen. Die Interpellanten, sagte Walter Freund (SVP, Eichberg) in deren Namen, seien zufrieden, weil die Regierung Handlungsbedarf ausmache. Nicht zufrieden sei man wegen der maximalen Frist von nur fünf Tagen, den Schnittzeitpunkt vorzuverlegen. «Es muss eine gemeinsame Lösung gefunden werden, damit die Landwirte wieder mit der Natur und für die Natur arbeiten können», so Freund. Gerade auch, weil heutzutage die Wettervorhersagen viel genauer gemacht werden könnten. Nach sei der Lösungsvorschlag der Regierung nicht optimal. (nr)

Mehr Spielraum bei den Löhnen

Finanzpolitik Der St. Galler Kantonsrat hat der Regierung eine enge Limite für Lohnmassnahmen beim Staatspersonal gesetzt. Nun will er diese wieder lockern. FDP und SVP fordern zudem eine Steuersenkung.

Adrian Vögele
adrian.voegel@tagblatt.ch

Wenn das St. Galler Kantonsparlament über das Budget diskutiert, steht fast immer das Staatspersonal im Zentrum. Das war gestern nicht anders. Die Zeiten, als der Rat über die beantragten Stellen einzeln debattierte, sind allerdings vorbei. «Zum Glück», sagte Finanzchef Benedikt Würth – «die Waffentechnik-Diskussionen haben wir hinter uns.» Nun wird mit Pauschalbeträgen gearbeitet. Das Budgetieren ist deshalb aber nicht einfacher geworden. Im Februar dieses Jahres schrieb der Kantonsrat fest, dass für Lohnmassnahmen – neue Stellen, Lohnerhöhungen und so weiter – ein Höchstwert von 0,4 Prozent des gesamten Personalaufwands gelte. Dies entspricht derzeit 2,9 Millionen Franken. Im Budget 2018 hat die Regierung diese Limite grosso modo eingehalten. Allerdings nur mit Mühe und Not, wie Würth sagte. So musste unter anderem der längst beschlossene Ausbau des Kantonspolizeikörpers mit dieser Pauschale finanziert werden. Für Lohnerhöhungen blieb fast nichts übrig – und dies obwohl der Kanton punkto Lohnentwicklung hinter der Privatwirtschaft hinterherhinkt, wie der Finanzchef betonte.

CVP und FDP haben Meinung geändert

Doch inzwischen ist den meisten Parlamentariern bereits nicht mehr wohl mit dieser engen Vorgabe: In der gestrigen Budgetdebatte beantragte die Finanzkommission, der Wert solle von 0,4 auf 0,8 Prozent verdoppelt werden – allerdings erst ab 2019. Die CVP-GLP-Fraktion, die noch Anfang Jahr für 0,4 Prozent plädiert hatte – das sei «mehr als genug Spielraum», hiess es damals – wollte den Wert nun gar auf 1 Prozent anheben. «Das ist ein Zeichen der Wertschätzung gegenüber dem Personal, das viel zur Gesundheit des Staatshaushalts beigetragen hat», sagte



Finanzchef Benedikt Würth zeigte sich erleichtert darüber, dass die Pauschale für Lohnmassnahmen erhöht wird.

Bild: Regina Kühne

Yvonne Suter (CVP). Wer gute Leistungen erbringe, müsse belohnt werden können. Auch die FDP bezeichnete die 0,8 Prozent als tragbar, anders als noch im Februar. Einzig die SVP beharrte weiterhin auf 0,4 Prozent, unterlag aber in der Abstimmung.

Die Linke unterstützte die Lockerung erwartungsgemäss ebenfalls. Damit war es aus Sicht von SP und Grünen allerdings bei weitem nicht getan. Es sei «etwas zynisch», von höherer Wertschätzung zu reden, wenn man nicht bereits im Budget 2018 Verbesserung für das Personal beschliesse, sagte Bettina Surber (SP). Die Linke forderte für 2018 eine Realloohnerhöhung um 1 Prozent, die 10,1 Millionen Franken gekostet hätte. Damit scheiterte die Fraktion ebenso wie mit dem Versuch, eine Kürzung von 1,5

Millionen rückgängig zu machen, die die Regierung vorgenommen hatte, um die 0,4-Prozent-Limite einhalten zu können.

Schulzeitung wird wieder eingestellt

Ebenfalls keinen Erfolg hatte die Linke mit dem Antrag auf eine Erhöhung um 10 Millionen bei der Individuellen Prämienverbiligung. Fraktionschef Peter Hartmann zeigte sich zunehmend frustriert darüber, dass FDP und SVP es nicht einmal mehr für nötig hielten, über die Anträge der Linken überhaupt zu diskutieren. Umgekehrt brachten die Bürgerlichen einige Streichungen durch. So wurde eine neue Informatiklösung für das Amt für Kultur bachab geschickt, ebenso wie ein Betrag für die Digitalisierung von Regierungsratsbeschlüssen

im Staatsarchiv. Gemeinsam forderten CVP-GLP, FDP und Linke ausserdem, dass das Bildungsdepartement auf die Herausgabe der neuen Zeitschrift «Schulzeit» ab sofort wieder verzichtet. Es sei nicht einzusehen, warum einzelne Departemente eigene Zeitungen publizieren müssten. Bildungschef Stefan Kölliker lenkte ein: «Wir werden das Vorhaben nicht fortsetzen – obwohl wir gute Noten für diese Zeitung erhalten haben.»

Mehrere Votanten würdigten die Bemühungen der Regierung, das Aufwandswachstum und die Personalkosten in Grenzen zu halten. Da sich die Einnahmen gut entwickelten, sei das Ergebnis ausgeglichen. Nach den Korrekturen im Kantonsrat sieht das Budget einen kleinen Gewinn von 370 000 Franken vor – bei

einem Umfang von 5 Milliarden Franken. Die Regierung hatte mit einem Defizit von 1,1 Millionen gerechnet. Das Budget wurde mit 81 zu 20 Stimmen angenommen – SP und Grüne lehnten es ab.

Eine grosse Herausforderung bleiben die wachsenden Staatsbeiträge, etwa für Ergänzungsleistungen und Hospitalisationen. Die Regierung will im kommenden Jahr Massnahmen präsentieren, um Gegensteuer zu geben. Der nächste finanzpolitische Wegweiser ist der Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2019–2021, den das Parlament im Februar beraten wird. Die Fraktionen haben im Hinblick auf den AFP bereits Forderungen angekündigt. So sagten die Sprecher von FDP und SVP, im Finanzplan müsse eine Steuersenkung zum Thema werden.

Volkswirtschaftsdirektor unter Beschuss

Kritisiert Für Regierungsrat Bruno Damann gab es gestern von Toggenburger Kantonsräten Schelte. Grund dafür war die Weigerung der St. Galler Regierung, den NRP-Beitrag von 5 Millionen Franken für das Ausbauprojekt der Bergbahnen Wildhaus freizugeben, wenn ein gemeinsames Ticket der beiden Bahnen nicht mehr zustande kommt.

Bild: Regina Kühne

12 Millionen für Autobahndeckel

Olma-Messen Die Olma-Messen in St. Gallen – mit heute über 100 Veranstaltungen und 3300 Ausstellern jährlich die grösste Publikumsmesse der Schweiz – planen einen Neubau für 163 Millionen Franken, der die Stadtautobahn als Dach nutzen will. Das Stadtparlament hatte den entsprechenden 18-Millionen-Kredit einstimmig gutgeheissen: Gestern zog der Kantonsrat in erster Lesung fast euphorisch nach. Der A-fonds-perdu-Kredit von 12 Millionen sei ein gutes Geschäft, urteilte die CVP-GLP-Fraktion: Kredite von 30 Millionen lösten eine Investition von 160 Millionen Franken aus. Das Projekt sei einzigartig: Es werde die Autobahn-Wunde geschlossen und gleichzeitig Bauland von 12 500 Quadratmetern geschaffen. Regierungsrat Bruno Damann betonte, die 12 Millionen seien ein Maximalbeitrag: Werde das Projekt günstiger gebaut, werde der Kantonsbeitrag angepasst. (cz)